

Abschied von Assad

Russland distanziert sich vom Diktator – Der Luftkrieg hat sich für Moskau gelohnt

KSTA-POLITIK@DUMONT.DE

Wladimir Putins Paukenschlag verwirrt

Freund und Feind. Nicht nur bei den Delegationen in Genf, auch beim UN-Sicherheitsrat in New York sowie in Washington und den europäischen Hauptstädten reibt man sich verwundert die Augen. Die syrische Opposition weiß nicht, ob sie die Abzugspläne verhöhn oder bejubeln soll. Das überraschte Regime in Damaskus beschwört demonstrierend das Waffenbündnis mit Moskau, während seine Zweifel an dessen Loyalität wachsen. Einzig die radikalen Gotteskrieger in Syrien triumphieren und kündigen eine Großoffensive an.

Alle frisch aufgewärmte Harmonie-Rhetorik in Damaskus und Moskau kann nicht verdecken, dass es seit längerem zwischen den ungleichen Verbündeten knirscht. Verwundert registrierte der Kreml

Der Kremlchef hat sich im Nahen Osten in eine Schlüsselrolle hineinmanövriert. Europa braucht Moskau, um den Zug der Kriegsflüchtlinge zu stoppen

die letzten Interviews von Baschar al-Assad im Februar, in denen er vollmundig ankündigte, seine Armee werde nun das ganze Land zurückerobern. Den Ausschlag für Putins Abkehr gab dann offenbar der provokante Auftritt von Syriens Außenminister Walid al-Moallem in Genf, der die Zukunft von Staatschef Assad zur roten Linie erklärte und jegliche Vereinbarungen über eine künftige Präsidentschaftswahl kategorisch ablehnte.

Trotzdem könnten Putins brachialer Militäreinsatz und der brachiale Rückzug das ruinierte Syrien erstmals einem tatsächlichen Ende des Blutvergießens näherbringen. Denn Moskau hat längst begriffen, dass die Tage des Assad-Regimes gezählt sind und der Diktator irgendwann in den kommenden 18 Übergangsmonaten das Feld räumen muss. Ähnlich angelehnt haben sich auch die Standpunkte von Russland, den Vereinigten Staaten und Europa bei der Stabilisierung von Rest-Syrien.



VON MARTIN GEHLEN

Niemand möchte den totalen Kollaps des einstigen Assad-Reiches, niemand einen Durchmarsch von Al-Kaida und „Islamischem Staat“ nach Damaskus.

Wie der frühere UN-Syrien-Vermittler Lakshmi Brahimi kürzlich offenbarte, war Putin bereits 2012 zum ersten Mal bereit, Assad zum Rücktritt zu drängen. Damals winkten die UN-Vetomächte USA, Frankreich und Großbritannien ab, weil sie glaubten, der Sturz des Potentaten durch sein Volk stünde sowieso unmittelbar bevor. Drei Jahre später versuchte es der Kremlchef erneut und schickte einen hochrangigen General nach Damaskus. Dieser sollte den Diktator zum Aufgeben bewegen, den Alawiten das Überleben ihres Regimes garantieren und von den syrischen Machthabern fordern, mit der moderaten Opposition realistisch zu verhandeln – ein Ansinnen, das die Assad-Clique rundheraus ablehnte.

Am fünften Jahrestag des Bürgerkriegs sah Putin nun den Zeitpunkt gekommen, das Assad-Regime härter an die Kandare zu nehmen, weil sich der mörderische Bürgerkrieg anders nicht politisch beenden lässt. Damit manövrierte sich der Kremlchef im Nahen Osten in eine Schlüsselrolle hinein. Europa braucht Moskau, um die Völkerwanderung der syrischen Kriegsflüchtlinge gen Norden zu stoppen. Umgekehrt akzeptieren alle die russische Militärpräsenz in einem Post-Assad-Syrien, weil der Westen Putin im weiteren Kampf gegen den „Islamischen Staat“ als Verbündeten an seiner Seite wünscht. Seit sowjetischen Zeiten unterhält die russische Marine in Tartus einen Stützpunkt, den einzigen im gesamten Mittelmeer, an dem sich seine Kriegsschiffe betanken lassen. Mit der jüngsten Militäroffensive kam jetzt auch eine Luftwaffenbasis nahe Latakia hinzu, die in reduzierter Form bestehen bleiben soll.

Und so hat sich der fünfmonatige Luftkrieg über Syrien jedenfalls für den Kremlchef ausgezahlt. Seine Isolation durch den Ukraine-Konflikt zeigt deutliche Risse. Und sein Russland ist wieder gefragt auf der internationalen Bühne.

Wahlsieger in Stuttgart verhandeln mit der CDU Grüne auf dem Weg zur Mitte

VON MARKUS DECKER

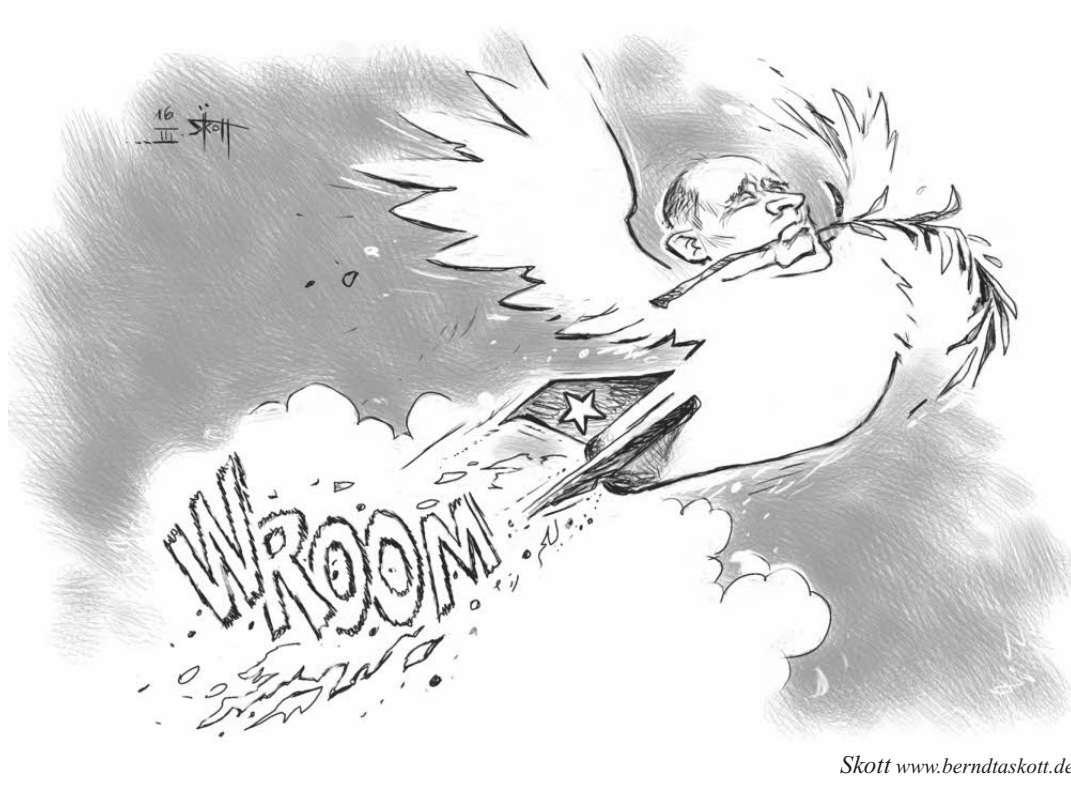
Es hat im deutschen Politikbetrieb lange keine Persönlichkeit mehr gegeben, von der man uneingeschränkt sagen würde, sie habe einen Wahlsieg wirklich verdient. Winfried Kretschmann ist so eine Persönlichkeit. Der 67-Jährige hat das Land nicht nur fünf Jahre lang auf eine für die Mehrheit der Baden-Württemberger offenbar überzeugende Art und Weise regiert. Dem spröden Lehrer ist dabei so viel Charisma zugewachsen, dass andere beginnen, sich an seinem Stil zu orientieren. Das Wort, das bei den Grünen gerade Hochkonjunktur hat, lautet denn auch: Haltung.

Nun heißt es, man müsse den Ministerpräsidenten „kapieren, aber nicht kopieren“. Was das kon-

kret bedeutet, ist freilich ungewiss. Zumal Kretschmanns Nimbus ja eben daher rührt, dass man ihn gar nicht als Grünen betrachtet.

Ziemlich klar ist gleichwohl eins: Die allemal regierungswilligen Grünen werden eher in die Mitte drängen und dabei im Bund ein schwarz-grünes Bündnis anpeilen. Das hat mit echter Liebe zu Angela Merkel zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, dass eine rot-rot-grüne Koalition politisch aussichtslos ist. Denn die Linke ist keine Protestpartei mehr. Sie ist aber zumindest im Bund immer noch viel zu sehr Protestpartei, um regierungsfähig zu sein. Wenn die AfD weiter erstarkt, könnte mittelfristig sogar wieder die Existenz der Linken auf dem Spiel stehen.

Er geht scharf mit den BND-Praktiken ins Gericht. „Teile des BND, insbesondere die Abteilung Technische Aufklärung, haben über Jahre hinweg ein höchst gefährliches Eigenleben entwickelt, Gesetze nicht nur bis zum Äußerten ausgereizt, sondern vielfach auch übertreten.“ Um dies zu „kassieren“ seien zum Teil „abenteu-



Skott www.berndtastkott.de

ANALYSE Beim Bundesnachrichtendienst herrscht schlechte Stimmung

Bedingt spähbereit

VON WERNER SONNE

Eine tiefe Motivationskrise, ein hoher Krankenstand – das ist zurzeit die Lage im heftig umstrittenen Bereich der elektronischen Aufklärung im Bundesnachrichtendienst (BND). Dessen Leistungsfähigkeit soll erheblich beeinträchtigt sein. Hintergrund ist nach Informationen aus den für die Geheimdienste zuständigen Aufsichtsgremien des Parlaments und dem Regierungslager der Druck auf die Mitarbeiter, denen im NSA-Untersuchungsausschuss Fehlverhalten bei der Überwachung von Internet- und Fern-

Die Geheimdienstler fragen sich angesichts des Misstrauens und der Vorwürfe, ob »sie jetzt die Terroristen« seien

meldeverkehr vorgeworfen wurde. Dies führt jetzt zu einer scharfen Kontroverse.

Nach drei Untersuchungsausschüssen in den vergangenen Jahren seien viele Geheimdienstmitarbeiter „demotiviert“. Sie fragten sich angesichts der Herausforderungen in einer unruhigen Welt, ob „sie jetzt die Terroristen“ seien, heißt es dazu im Regierungslager. „Die Stimmung ist nicht gut“, bestätigt auch Clemens Binninger (CDU), der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGR) für die Geheimdienste. Beklagt werde vor allem: „Niemand stellt sich vor uns.“ Am Donnerstag steht das Thema wieder auf der Tagesordnung, wenn der damalige Kanzleramtsminister und heutige Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor den NSA-Ausschuss treten wird.

Der PKGR-Vorsitzende André Hahn (Die Linke) weist dagegen nachdrücklich den Vorwurf zurück, die Krise im BND sei auf die NSA-Untersuchungen des Parlaments zurückzuführen. „Ich halte es für völlig absurd, den NSA-Untersuchungsausschuss für eine vermeintliche oder tatsächliche Motivationskrise, zurückgehende Leistungsfähigkeit oder gar den Krankenstand im BND verantwortlich zu machen“, sagt er dem „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Er geht scharf mit den BND-Praktiken ins Gericht. „Teile des BND, insbesondere die Abteilung Technische Aufklärung, haben über Jahre hinweg ein höchst gefährliches Eigenleben entwickelt, Gesetze nicht nur bis zum Äußerten ausgereizt, sondern vielfach auch übertreten.“ Um dies zu „kassieren“ seien zum Teil „abenteu-

erliche Konstrukte erfunden“ worden, auf deren Basis deutschen Staatsbürgern Grundrechte de facto entzogen worden. Selbst die G-10-Kommission des Bundestages, die über die Zulässigkeit der Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis entscheidet, sei bewusst getäuscht worden, um an Daten in Deutschland zu gelangen. Diese seien dann auch noch mit US-Geheimdiensten geteilt worden. Es sei selbstverständlich, dass das Parlament solche Vorgänge aufklären müsse.

Auch der Gesprächskreis Nachrichtendienste in Deutschland (GKND), der sich Aufklärung über die Geheimdienste zum Ziel gesetzt hat, sieht eine Motivationskrise. „Die haben alle ihren Beamteneid geschworen“, sagte Hans-Dieter Herrmann, GKND-Vorsitzender und früherer leitender BND-Mann. Nach ihrem Selbstverständnis seien die BND-Mitarbeiter zum Schutz der Bevölkerung da und verstünden nun nicht, „dass das alles nicht mehr gelten soll“. Die Aufträge kämen schließlich von der Bundesregierung. Herrmann räumt allerdings Fehler bei der elektronischen Aufklärung ein, etwa die Überwachung eines deutschen Diplomaten im Ausland, der für die EU arbeitet. „Das ist natür-

lich Unsinn“, sagt Herrmann. „Das ist viel falsch gemacht worden.“ Schuld daran sei aber vor allem der Abbau von Personal, was sich auf die Aufsicht innerhalb des BND auswirke. „Vorgesetzte sind überfordert.“

Für eine bessere Kontrolle des BND soll ein neues Gesetz sorgen, das gegenwärtig im Parlament beraten wird. Es soll die bisher nur ganz allgemein formulierten Aufgaben des Nachrichtendienstes präziser definieren und damit auch mehr Sicherheit für die Arbeit der Mitarbeiter schaffen. Es soll möglichst noch bis zur Sommerpause fertiggestellt werden. Auch dem Parlamentarischen Kontrollgremium sollen mehr Rechte für die Überwachung eingeräumt und die Zahl der Zuarbeiter im Bundestag erhöht werden. Dieses Gesetz, räumt auch der BND-Kritiker Hahn ein, könne „durchaus hilfreich sein“. Es stärke die parlamentarische Kontrolle deutlich und setze dem BND Grenzen.

Ob diese Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle in den Geheimdiensten zu einer Beruhigung oder einer Verschärfung der Motivationskrise beiträgt, ist offen. Die sei auch, so ein Insider, im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zu spüren. Die durch NSA-Enttüllungen entstandene Atmosphäre des Misstrauens in der internationalen Zusammenarbeit der Geheimdienste wirke dort nach.

Dennoch, so wird im Regierungslager betont, sei man notwendigerweise inzwischen wieder

Trotz der Vorfälle gebe es notwendigerweise wieder eine intensive Zusammenarbeit der Nachrichtendienste zu einer intensiven Zusammenarbeit der Nachrichtendienste zurückgekehrt, die angesichts immer neuer Terrorrohungen „mehr als in der Vergangenheit“ gefordert sei. Dabei ist der Erfolg nicht immer offensichtlich. Bis heute bleibt unklar, ob die Warnungen ausländischer Nachrichtendienste, die zur spektakulären Absage eines Fußballspiels in Hannover und der Schließung des Münchner Hauptbahnhofs an Silvester geführt hatten, substanziell waren.

Klar sei dies dagegen bei der Verhaftung eines algerischen Ehepaars in einer Flüchtlingsunterkunft in Attendorf (NRW) gewesen. Sie sollen im Auftrag des „Islamischen Staates“ Anschläge in Berlin geplant haben.



BND-Chef Schindler 2015 vor dem NSA-Ausschuss Foto: dpa

Der „Abitur-Krieg“ in Köln eskaliert erneut

Ausbund an Absurdität

VON JOACHIM FRANK

Eisern!“, rufen sie und ziehen in die Schlacht. Schon die Gymnasiasten in Erich Kästners „Fliegendem Klassenzimmer“ langen ordentlich hin, wenn es gegen die Jungs von der verfeindeten Realschule geht. Zerissene Klamotten, blutige Lippen, Geiselnahme, Ohrfeigen-Folter und Klausurenverbrennung – Kästners Schulkrieger lassen kaum etwas aus. Daran kann man erinnern, wenn 2016 die Abiturienten aufeinander losgehen. Es hat etwas Gemeinschaftsstiftendes, sich in der Gruppe gegen andere zu behaupten. Vermutlich gehört es für Halbstarke (wie Kästner diese Postpubertierenden genannt hätte) dazu, bei solchem Kräftenessen auch mal handgreiflich zu werden.

Aber anders als in der Pennäler-Idylle von einst haben die Akteure heute jedes Maß verloren. Was sich in Köln abgespielt hat, ist asozial. Der rabiate Egotrip Einzelner bringt eine Generation in Misskredit, die bald zur Elite zählen will. Diese – Verzeihung! – Jungdeppen kommen nicht selten aus privilegierten Verhältnissen, genießen eine Fülle von Annehmlichkeiten. Nach ihrer Schullaufbahn, an deren Ende ausgerechnet ein Zertifikat der (Hochschul-)Reife steht, haben sie beim Start ins Leben unbestreitbar Vorteile gegenüber anderen Gleichaltrigen. Wenn sie das so gering schätzen und sich so eklatant danebenbenahmen, haben sie das Abitur nicht verdient. Formal wird man es ihnen nicht verweigern können. Aber die Absage offizieller Feiern, die mancher Abiturient ähnlich intensiv vorbereitet wie seine Leistungskurs-Klausuren, wäre eine so symbolische wie schmerzliche Sanktion.

Dass die Polizei inzwischen Sonderkommissionen einrichten muss, um das außer Kontrolle geratene Treiben einzudämmen, ist der Ausbund an Absurdität. Die Beamten fehlen nämlich genau dort, wo die Gewalt keine Inszenierung eines spaßigen Events ist. Spätestens nach der Silvesternacht sollte das in Köln jedem „Schulkrieger“ dämmern, der nicht komplett behämmert ist.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.

Chefredakteur: Peter Pauls.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Rudolf Kreitz (Bezirke).
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Köln: Christian Hümmler (Leitender Redakteur); NRW: Detlef Schmalenberg; Nachrichten: Hans-Jürgen Deglow; Sports: Karlheinz Wagner; Kultur: Martin Oehlers; Wirtschaft: Jürgen Sussenburger; Magazin, Panorama: Claudia Lehnen; Chefredakteur: Peter Berger, Petra Pluwatsch; Produktion: Klaus Schröder.

Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Düsseldorf: Fabian Klask.

DuMont Hauptstadtdredaktion: Jochen Arntz (Chefredakteur), Steven Geyer, Berlin.

Auslandsvertretungen: Paris: Axel Viehl, London: Sebastian Borger, Brüssel: Peter Riesbeck, Washington: Damir Fras, Moskau: Stefan Scholl; Jerusalem: Inge Günther; Rom: Regina Kerner; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul: Frank Nordhausen; Wien: Norbert Mappes-Niediek; Mexico City: Dr. Klaus Ehringfeld; Bangkok: Willi Gernund; Peking: Finn Mayer-Kuckuk; Kapstadt: Wolfgang Drechsler; Kairo: Martin Gehlen.

E-Mail-Redaktion: Redaktion-KSTA@mds.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Geschäftsführer: Philipp M. Froben.

Verlagsleiter: Karsten Hundhausen.

Mediaverkauf: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH, Karsten Hundhausen, Marco Morinello (beide verantwortlich)

Leiter Vertrieb und Marketing: Carsten Groß.

Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland. Das Bezugslohn enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 18 vom 1. Januar 2016 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service: Tel. 0221/92 58 64 20, Fax 0221/224-23 32 E-Mail: abo.kundenservice@mds.de

Anzeigen-Service: Tel. 0221/92 58 64 10, Fax 0221/224-24 91 E-Mail: anzeigen@mds.de

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de